



Leseprobe

Unsere Fachinhalte bieten Ihnen praxisnahe Lösungen, wertvolle Tipps und direkt anwendbares Wissen für Ihre täglichen Herausforderungen.

- ✓ **Praxisnah und sofort umsetzbar:** Entwickelt für Fach- und Führungskräfte, die schnelle und effektive Lösungen benötigen.
- ✓ **Fachwissen aus erster Hand:** Inhalte von erfahrenen Expertinnen und Experten aus der Berufspraxis, die genau wissen, worauf es ankommt.
- ✓ **Immer aktuell und verlässlich:** Basierend auf über 30 Jahren Erfahrung und ständigem Austausch mit der Praxis.

Blättern Sie jetzt durch die Leseprobe und überzeugen Sie sich selbst von der Qualität und dem Mehrwert unseres Angebots!

Inhalt

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – AGG

Abschnitt 1 – Allgemeiner Teil	28
§ 1 Ziel des Gesetzes	28
§ 2 Anwendungsbereich	28
§ 3 Begriffsbestimmungen	28
§ 4 Unterschiedliche Behandlung wegen mehrerer Gründe	29
§ 5 Positive Maßnahmen	29
Abschnitt 2 – Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung	29
Unterabschnitt 1 – Verbot der Benachteiligung	29
§ 6 Persönlicher Anwendungsbereich	29
§ 7 Benachteiligungsverbot	30
§ 8 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen beruflicher Anforderungen	30
§ 9 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung	30
§ 10 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen des Alters	30
Unterabschnitt 2 – Organisationspflichten des Arbeitgebers	31
§ 11 Ausschreibung	31
§ 12 Maßnahmen und Pflichten des Arbeitgebers	31
Unterabschnitt 3 – Rechte der Beschäftigten	32
§ 13 Beschwerderecht	32
§ 14 Leistungsverweigerungsrecht	32
§ 15 Entschädigung und Schadensersatz	32
§ 16 Maßregelungsverbot	32
Unterabschnitt 4 – Ergänzende Vorschriften	33
§ 17 Soziale Verantwortung der Beteiligten	33
§ 18 Mitgliedschaft in Vereinigungen	33
Abschnitt 3 – Schutz vor Benachteiligung im Zivilrechtsverkehr	33
§ 19 Zivilrechtliches Benachteiligungsverbot	33
§ 20 Zulässige unterschiedliche Behandlung	34
§ 21 Ansprüche	34
Abschnitt 4 – Rechtsschutz	35
§ 22 Beweislast	35
§ 23 Unterstützung durch Antidiskriminierungsverbände	35
Abschnitt 5 – Sonderregelungen für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	35
§ 24 Sonderregelung für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	35
Abschnitt 6 – Antidiskriminierungsstelle des Bundes und Unabhängige Bundesbeauftragte oder Unabhängiger Bundesbeauftragter für Antidiskriminierung	35
§ 25 Antidiskriminierungsstelle des Bundes	35
§ 26 Wahl der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung; Anforderungen	36
§ 26a Rechtsstellung der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	36
§ 26b Amtszeit der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	36
§ 26c Beginn und Ende des Amtsverhältnisses der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung; Amtseid	36
§ 26d Unerlaubte Handlungen und Tätigkeiten der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	37
§ 26e Verschwiegenheitspflicht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	37
§ 26f Zeugnisverweigerungsrecht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	38

Inhalt

§ 26g	Anspruch der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung auf Amtsbezüge, Versorgung und auf andere Leistungen.....	38
§ 26h	Verwendung der Geschenke an die Unabhängige Bundesbeauftragte oder den Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung.....	38
§ 26i	Berufsbeschränkung.....	39
§ 27	Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.....	39
§ 28	Amtsbefugnisse der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung und Pflicht zur Unterstützung durch Bundesbehörden und öffentliche Stellen des Bundes.....	40
§ 29	Zusammenarbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit Nichtregierungsorganisationen und anderen Einrichtungen.....	40
§ 30	Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.....	40
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften.....		41
§ 31	Unabdingbarkeit.....	41
§ 32	Schlussbestimmung.....	41
§ 33	Übergangsbestimmungen.....	41

Arbeitsgerichtsgesetz (Auszug) – ArbGG

§ 61b	Klage wegen Benachteiligung.....	44
-------	----------------------------------	----

Arbeitszeitgesetz – ArbZG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften.....		46
§ 1	Zweck des Gesetzes.....	46
§ 2	Begriffsbestimmungen.....	46
Zweiter Abschnitt – Werktägliche Arbeitszeit und arbeitsfreie Zeiten.....		46
§ 3	Arbeitszeit der Arbeitnehmer.....	46
§ 4	Ruhepausen.....	46
§ 5	Ruhezeit.....	46
§ 6	Nacht- und Schichtarbeit.....	47
§ 7	Abweichende Regelungen.....	47
§ 8	Gefährliche Arbeiten.....	49
Dritter Abschnitt – Sonn- und Feiertagsruhe.....		49
§ 9	Sonn- und Feiertagsruhe.....	49
§ 10	Sonn- und Feiertagsbeschäftigung.....	49
§ 11	Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung.....	51
§ 12	Abweichende Regelungen.....	51
§ 13	Ermächtigung, Anordnung, Bewilligung.....	51
Vierter Abschnitt – Ausnahmen in besonderen Fällen.....		52
§ 14	Außergewöhnliche Fälle.....	52
§ 15	Bewilligung, Ermächtigung.....	53
Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes.....		54
§ 16	Aushang und Arbeitszeitanzeige.....	54
§ 17	Aufsichtsbehörde.....	54
Sechster Abschnitt – Sonderregelungen.....		55
§ 18	Nichtanwendung des Gesetzes.....	55
§ 19	Beschäftigung im öffentlichen Dienst.....	55
§ 20	Beschäftigung in der Luftfahrt.....	55
§ 21	Beschäftigung in der Binnenschifffahrt.....	55
§ 21a	Beschäftigung im Straßentransport.....	56
Siebter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften.....		57
§ 22	Bußgeldvorschriften.....	57

§ 23	Strafvorschriften	57
Achter Abschnitt – Schlussvorschriften		57
§ 24	Umsetzung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Rechtsakten der EG	57
§ 25	Übergangsvorschriften für Tarifverträge	57

Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug) – BGB

§ 611a	Arbeitsvertrag	60
§ 612	Vergütung	60
§ 612a	Maßregelungsverbot	60

Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		62
§ 1	Geltungsbereich	62
§ 1a	Formvorgaben	62
§ 2	Kind, Jugendlicher	62
§ 3	Arbeitgeber	62
§ 4	Arbeitszeit	62
Zweiter Abschnitt – Beschäftigung von Kindern		62
§ 5	Verbot der Beschäftigung von Kindern	62
§ 6	Behördliche Ausnahmen für Veranstaltungen	63
§ 7	Beschäftigung von nicht vollzeitschulpflichtigen Kindern	64
Dritter Abschnitt – Beschäftigung Jugendlicher		64
Erster Titel – Arbeitszeit und Freizeit		64
§ 8	Dauer der Arbeitszeit	64
§ 9	Berufsschule	64
§ 10	Prüfungen und außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen	65
§ 11	Ruhepausen, Aufenthaltsräume	65
§ 12	Schichtzeit	65
§ 13	Tägliche Freizeit	66
§ 14	Nachruhe	66
§ 15	Fünf-Tage-Woche	66
§ 16	Samstagsruhe	66
§ 17	Sonntagsruhe	67
§ 18	Feiertagsruhe	67
§ 19	Urlaub	68
§ 20	Binnenschifffahrt	68
§ 21	Ausnahmen in besonderen Fällen	69
§ 21a	Abweichende Regelungen	69
§ 21b	Ermächtigung	69
Zweiter Titel – Beschäftigungsverbote und -beschränkungen		70
§ 22	Gefährliche Arbeiten	70
§ 23	Akkordarbeit, tempoabhängige Arbeiten	70
§ 24	Arbeiten unter Tage	71
§ 25	Verbot der Beschäftigung durch bestimmte Personen	71
§ 26	Ermächtigungen	71
§ 27	Behördliche Anordnungen und Ausnahmen	72
Dritter Titel – Sonstige Pflichten des Arbeitgebers		72
§ 28	Menschengerechte Gestaltung der Arbeit	72
§ 28a	Beurteilung der Arbeitsbedingungen	73
§ 29	Unterweisung über Gefahren	73

Inhalt

§ 30	Häusliche Gemeinschaft.....	73
§ 31	Züchtigungsverbot; Verbot der Abgabe von Alkohol und Tabak	73
Vierter Titel – Gesundheitliche Betreuung.....		73
§ 32	Erstuntersuchung.....	73
§ 33	Erste Nachuntersuchung.....	74
§ 34	Weitere Nachuntersuchungen.....	74
§ 35	Außerordentliche Nachuntersuchung.....	74
§ 36	Ärztliche Untersuchungen und Wechsel des Arbeitgebers.....	74
§ 37	Inhalt und Durchführung der ärztlichen Untersuchungen.....	74
§ 38	Ergänzungsuntersuchung	75
§ 39	Mitteilung, Bescheinigung	75
§ 40	Bescheinigung mit Gefährdungsvermerk	75
§ 41	Aufbewahren der ärztlichen Bescheinigungen.....	75
§ 42	Eingreifen der Aufsichtsbehörde	75
§ 43	Freistellung für Untersuchungen	75
§ 44	Kosten der Untersuchungen.....	76
§ 45	Gegenseitige Unterrichtung der Ärzte	76
§ 46	Ermächtigungen	76
Vierter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		76
Erster Titel – Aushänge und Verzeichnisse		76
§ 47	Bekanntgabe des Gesetzes und der Aufsichtsbehörde	76
§ 48	Information über Arbeitszeit und Pausen	76
§ 49	Verzeichnisse der Jugendlichen	76
§ 50	Auskunft; Vorlage der Verzeichnisse.....	77
Zweiter Titel – Aufsicht.....		77
§ 51	Aufsichtsbehörde; Besichtigungsrechte und Berichtspflicht	77
§ 52	(weggefallen)	77
§ 53	Mitteilung über Verstöße	77
§ 54	Ausnahmebewilligungen.....	77
Dritter Titel – Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz.....		78
§ 55	Bildung des Landesausschusses für Jugendarbeitsschutz.....	78
§ 56	Bildung des Ausschusses für Jugendarbeitsschutz bei der Aufsichtsbehörde.....	78
§ 57	Aufgaben der Ausschüsse	79
Fünfter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften		79
§ 58	Bußgeld- und Strafvorschriften	79
§ 59	Bußgeldvorschriften	81
§ 60	Verwaltungsvorschriften für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	82
Sechster Abschnitt – Schlussvorschriften		82
§ 61	Beschäftigung von Jugendlichen auf Kauffahrteischiffen.....	82
§ 62	Beschäftigung im Vollzug einer Freiheitsentziehung.....	82
§§ 63–70	(weggefallen)	82
§ 71	(aufgehoben)	82
§ 72	Inkrafttreten.....	82

Ladenschlussgesetz – LadSchlG

Erster Abschnitt – Begriffsbestimmungen.....		86
§ 1	Verkaufsstellen	86
§ 2	Begriffsbestimmungen.....	86
Zweiter Abschnitt – Ladenschlusszeiten		86
§ 3	Allgemeine Ladenschlusszeiten	86
§ 4	Apotheken.....	86

§ 5	Zeitungen und Zeitschriften.....	86
§ 6	Tankstellen	87
§ 7	(weggefallen)	87
§ 8	Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen	87
§ 9	Verkaufsstellen auf Flughäfen und in Fährhäfen.....	87
§ 10	Kur- und Erholungsorte.....	88
§ 11	Verkauf in ländlichen Gebieten an Sonntagen.....	88
§ 12	Verkauf bestimmter Waren an Sonntagen	88
§ 13	(weggefallen)	88
§ 14	Weitere Verkaufssonntage	88
§ 15	Sonntagsverkauf am 24. Dezember	89
§ 16	(weggefallen)	89
Dritter Abschnitt – Besonderer Schutz der Arbeitnehmer		89
§ 17	Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen.....	89
Vierter Abschnitt – Bestimmungen für einzelne Gewerbebezüge und für den Marktverkehr		90
§§ 18 und 18a	(weggefallen)	90
§ 19	Marktverkehr	90
§ 20	Sonstiges gewerbliches Feilhalten	90
Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		91
§ 21	Auslage des Gesetzes, Verzeichnisse	91
§ 22	Aufsicht und Auskunft	91
§ 23	Ausnahmen im öffentlichen Interesse.....	91
Sechster Abschnitt – Straftaten und Ordnungswidrigkeiten		92
§ 24	Ordnungswidrigkeiten	92
§ 25	Straftaten.....	92
§ 26	(weggefallen)	92
Siebenter Abschnitt – Schlussbestimmungen		93
§ 27	Vorbehalt für die Landesgesetzgebung	93
§ 28	Bestimmung der zuständigen Behörden	93
§§ 29 und 30	(weggefallen)	93
§ 31	(Inkrafttreten, Außerkrafttreten)	93

Mutterschutzgesetz – MuSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften.....		96
§ 1	Anwendungsbereich, Ziel des Mutterschutzes.....	96
§ 2	Begriffsbestimmungen.....	96
Abschnitt 2 – Gesundheitsschutz		97
Unterabschnitt 1 – Arbeitszeitlicher Gesundheitsschutz		97
§ 3	Schutzfristen vor und nach der Entbindung.....	97
§ 4	Verbot der Mehrarbeit; Ruhezeit	98
§ 5	Verbot der Nacharbeit.....	98
§ 6	Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit.....	99
§ 7	Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen.....	99
§ 8	Beschränkung von Heimarbeit.....	99
Unterabschnitt 2 – Betrieblicher Gesundheitsschutz.....		100
§ 9	Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung	100
§ 10	Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen	101
§ 11	Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen	101
§ 12	Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen.....	103
§ 13	Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot	104

Inhalt

§ 14	Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber.....	105
§ 15	Mitteilungen und Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen.....	105
Unterabschnitt 3 – Ärztlicher Gesundheitsschutz.....		105
§ 16	Ärztliches Beschäftigungsverbot.....	105
Abschnitt 3 – Kündigungsschutz.....		105
§ 17	Kündigungsverbot.....	105
Abschnitt 4 – Leistungen.....		106
§ 18	Mutterschutzlohn.....	106
§ 19	Mutterschaftsgeld.....	106
§ 20	Zuschuss zum Mutterschaftsgeld.....	107
§ 21	Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts.....	107
§ 22	Leistungen während der Elternzeit.....	108
§ 23	Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen.....	108
§ 24	Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten.....	108
§ 25	Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbots.....	108
Abschnitt 5 – Durchführung des Gesetzes.....		108
§ 26	Aushang des Gesetzes.....	108
§ 27	Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten des Arbeitgebers, Offenbarungsverbot der mit der Überwachung beauftragten Personen.....	108
§ 28	Behördliches Genehmigungsverfahren für eine Beschäftigung zwischen 20 Uhr und 22 Uhr.....	109
§ 29	Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsbehörden, Jahresbericht.....	110
§ 30	Ausschuss für Mutterschutz.....	111
§ 31	Erlass von Rechtsverordnungen.....	112
Abschnitt 6 – Bußgeldvorschriften, Strafvorschriften.....		112
§ 32	Bußgeldvorschriften.....	112
§ 33	Strafvorschriften.....	113
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften.....		113
§ 34	Evaluationsbericht.....	113

Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften.....		116
§ 1	Zielsetzung und Anwendungsbereich.....	116
§ 2	Begriffsbestimmungen.....	116
Zweiter Abschnitt – Pflichten des Arbeitgebers.....		116
§ 3	Grundpflichten des Arbeitgebers.....	116
§ 4	Allgemeine Grundsätze.....	117
§ 5	Beurteilung der Arbeitsbedingungen.....	117
§ 6	Dokumentation.....	117
§ 7	Übertragung von Aufgaben.....	118
§ 8	Zusammenarbeit mehrerer Arbeitgeber.....	118
§ 9	Besondere Gefahren.....	118
§ 10	Erste Hilfe und sonstige Notfallmaßnahmen.....	118
§ 11	Arbeitsmedizinische Vorsorge.....	119
§ 12	Unterweisung.....	119
§ 13	Verantwortliche Personen.....	119
§ 14	Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.....	120
Dritter Abschnitt – Pflichten und Rechte der Beschäftigten.....		120
§ 15	Pflichten der Beschäftigten.....	120
§ 16	Besondere Unterstützungsspflichten.....	120
§ 17	Rechte der Beschäftigten.....	120

Vierter Abschnitt – Verordnungsermächtigungen	121
§ 18 Verordnungsermächtigungen	121
§ 19 Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften und zwischenstaatliche Vereinbarungen	121
§ 20 Regelungen für den öffentlichen Dienst.....	122
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie	122
§ 20a Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie	122
§ 20b Nationale Arbeitsschutzkonferenz	123
Sechster Abschnitt – Schlußvorschriften	123
§ 21 Zuständige Behörden, Zusammenwirken mit den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung.....	123
§ 22 Befugnisse der zuständigen Behörden	125
§ 23 Betriebliche Daten, Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Jahresbericht, Bundesfachstelle.....	126
§ 24 Ermächtigung zum Erlaß von allgemeinen Verwaltungsvorschriften	128
§ 24a Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit.....	128
§ 25 Bußgeldvorschriften.....	129
§ 26 Strafvorschriften.....	129

Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV

§ 1 Ziel, Anwendungsbereich	132
§ 2 Begriffsbestimmungen	132
§ 3 Gefährdungsbeurteilung.....	134
§ 3a Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten	134
§ 4 Besondere Anforderungen an das Betreiben von Arbeitsstätten	135
§ 5 Nichtraucherschutz.....	135
§ 6 Unterweisung der Beschäftigten.....	136
§ 7 Ausschuss für Arbeitsstätten	136
§ 8 Übergangsvorschriften.....	137
§ 9 Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	137
Anhang	138

Betriebssicherheitsverordnung (Auszug) – BetrSichV

Abchnitt 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	154
§ 1 Anwendungsbereich und Zielsetzung.....	154
§ 2 Begriffsbestimmungen	154
Abchnitt 2 – Gefährdungsbeurteilung und Schutzmaßnahmen	155
§ 3 Gefährdungsbeurteilung.....	155
§ 4 Grundpflichten des Arbeitgebers	157
§ 5 Anforderungen an die zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel	158
§ 6 Grundlegende Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	159
§ 7 Vereinfachte Vorgehensweise bei der Verwendung von Arbeitsmitteln	159
§ 8 Schutzmaßnahmen bei Gefährdungen durch Energien, Ingangsetzen und Stillsetzen	160
§ 9 Weitere Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln	161
§ 10 Instandhaltung und Änderung von Arbeitsmitteln	162
§ 11 Besondere Betriebszustände, Betriebsstörungen und Unfälle.....	163
§ 12 Unterweisung und besondere Beauftragung von Beschäftigten	164
§ 13 Zusammenarbeit verschiedener Arbeitgeber	165
§ 14 Prüfung von Arbeitsmitteln	165
Abchnitt 3 – Zusätzliche Vorschriften für überwachungsbedürftige Anlagen.....	166
§ 15 Prüfung vor Inbetriebnahme und vor Wiederinbetriebnahme nach prüfpflichtigen Änderungen	166
§ 16 Wiederkehrende Prüfung.....	167
§ 17 Prüfaufzeichnungen und -bescheinigungen.....	167
§ 18 Erlaubnispflicht	168

Inhalt

Abschnitt 4 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Betriebssicherheit	170
§ 19 Mitteilungspflichten, behördliche Ausnahmen	170
§ 20 Sonderbestimmungen für überwachungsbedürftige Anlagen des Bundes	171
§ 21 Ausschuss für Betriebssicherheit	171
Abschnitt 5 – Ordnungswidrigkeiten und Straftaten, Schlussvorschriften	172
§ 22 Ordnungswidrigkeiten	172
§ 23 Straftaten	174
§ 24 Übergangsvorschriften	174
 Bundesdatenschutzgesetz – BDSG	
Teil 1 – Gemeinsame Bestimmungen	178
Kapitel 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	178
§ 1 Anwendungsbereich des Gesetzes	178
§ 2 Begriffsbestimmungen	179
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	179
§ 3 Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen	179
§ 4 Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume	179
Kapitel 3 – Datenschutzbeauftragte öffentlicher Stellen	180
§ 5 Benennung	180
§ 6 Stellung	180
§ 7 Aufgaben	181
Kapitel 4 – Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	182
§ 8 Errichtung	182
§ 9 Zuständigkeit	182
§ 10 Unabhängigkeit	182
§ 11 Ernennung und Amtszeit	182
§ 12 Amtsverhältnis	183
§ 13 Rechte und Pflichten	184
§ 14 Aufgaben	185
§ 15 Tätigkeitsbericht	186
§ 16 Befugnisse	186
Kapitel 5 – Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle, Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union	187
§ 17 Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle	187
§ 18 Verfahren der Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder	188
§ 19 Zuständigkeiten	188
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe	189
§ 20 Gerichtlicher Rechtsschutz	189
§ 21 Antrag der Aufsichtsbehörde auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Beschlusses der Europäischen Kommission	189
Teil 2 – Durchführungsbestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) 2016/679	190
Kapitel 1 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	190
Abschnitt 1 – Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten und Verarbeitung zu anderen Zwecken	190
§ 22 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	190
§ 23 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch öffentliche Stellen	191
§ 24 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch nichtöffentliche Stellen	192
§ 25 Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen	192

Abschnitt 2 – Besondere Verarbeitungssituationen.....	193
§ 26 Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses	193
§ 27 Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken	194
§ 28 Datenverarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken	195
§ 29 Rechte der betroffenen Person und aufsichtsbehördliche Befugnisse im Fall von Geheimhaltungspflichten	195
§ 30 Verbrauchercredite	196
§ 31 Schutz des Wirtschaftsverkehrs bei Scoring und Bonitätsauskünften	196
Kapitel 2 – Rechte der betroffenen Person	197
§ 32 Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person.....	197
§ 33 Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	198
§ 34 Auskunftsrecht der betroffenen Person	199
§ 35 Recht auf Löschung	199
§ 36 Widerspruchsrecht.....	200
§ 37 Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling.....	200
Kapitel 3 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter.....	200
§ 32 Datenschutzbeauftragte nichtöffentlicher Stellen.....	200
§ 39 Akkreditierung.....	201
Kapitel 4 – Aufsichtsbehörde für die Datenverarbeitung durch nichtöffentliche Stellen	201
§ 40 Aufsichtsbehörden der Länder.....	201
Kapitel 5 – Sanktionen	202
§ 41 Anwendung der Vorschriften über das Bußgeld- und Strafverfahren	202
§ 42 Strafvorschriften.....	202
§ 43 Bußgeldvorschriften	203
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe.....	203
§ 44 Klagen gegen den Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter.....	203
Teil 3 – Bestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2016/680.....	203
Kapitel 1 – Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen und allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	203
§ 45 Anwendungsbereich	203
§ 46 Begriffsbestimmungen	204
§ 47 Allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten.....	206
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten	206
§ 48 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten.....	206
§ 49 Verarbeitung zu anderen Zwecken	206
§ 50 Verarbeitung zu archivischen, wissenschaftlichen und statistischen Zwecken.....	207
§ 51 Einwilligung.....	207
§ 52 Verarbeitung auf Weisung des Verantwortlichen.....	207
§ 53 Datengeheimnis.....	207
§ 54 Automatisierte Einzelentscheidung	207
Kapitel 3 – Rechte der betroffenen Person	208
§ 55 Allgemeine Informationen zu Datenverarbeitungen.....	208
§ 56 Benachrichtigung betroffener Personen	208
§ 57 Auskunftsrecht	208
§ 58 Rechte auf Berichtigung und Löschung sowie Einschränkung der Verarbeitung.....	210
§ 59 Verfahren für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person	211
§ 60 Anrufung der oder des Bundesbeauftragten	211

Inhalt

§ 61	Rechtsschutz gegen Entscheidungen der oder des Bundesbeauftragten oder bei deren oder dessen Untätigkeit	211
Kapitel 4	– Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter	212
§ 62	Auftragsverarbeitung	212
§ 63	Gemeinsam Verantwortliche	213
§ 64	Anforderungen an die Sicherheit der Datenverarbeitung	213
§ 65	Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die oder den Bundesbeauftragten	214
§ 66	Benachrichtigung betroffener Personen bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten	215
§ 67	Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung	216
§ 68	Zusammenarbeit mit der oder dem Bundesbeauftragten	216
§ 69	Anhörung der oder des Bundesbeauftragten	216
§ 70	Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	217
§ 71	Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen	218
§ 72	Unterscheidung zwischen verschiedenen Kategorien betroffener Personen	218
§ 73	Unterscheidung zwischen Tatsachen und persönlichen Einschätzungen	219
§ 74	Verfahren bei Übermittlungen	219
§ 75	Berichtigung und Löschung personenbezogener Daten sowie Einschränkung der Verarbeitung	219
§ 76	Protokollierung	219
§ 77	Vertrauliche Meldung von Verstößen	220
Kapitel 5	– Datenübermittlungen an Drittstaaten und an internationale Organisationen	220
§ 78	Allgemeine Voraussetzungen	220
§ 79	Datenübermittlung bei geeigneten Garantien	221
§ 80	Datenübermittlung ohne geeignete Garantien	221
§ 81	Sonstige Datenübermittlung an Empfänger in Drittstaaten	222
Kapitel 6	– Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden	222
§ 82	Gegenseitige Amtshilfe	222
Kapitel 7	– Haftung und Sanktionen	223
§ 83	Schadensersatz und Entschädigung	223
§ 84	Strafvorschriften	223
Teil 4	– Besondere Bestimmungen für Verarbeitungen im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	223
§ 85	Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	223
§ 86	Verarbeitung personenbezogener Daten für Zwecke staatlicher Auszeichnungen und Ehrungen	224

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG

Abschnitt 1	– Elterngeld	226
§ 1	Berechtigte	226
§ 2	Höhe des Elterngeldes	227
§ 2a	Geschwisterbonus und Mehrlingszuschlag	228
§ 2b	Bemessungszeitraum	229
§ 2c	Einkommen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit	230
§ 2d	Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit	230
§ 2e	Abzüge für Steuern	231
§ 2f	Abzüge für Sozialabgaben	232
§ 3	Anrechnung von anderen Einnahmen	232
§ 4	Bezugsdauer, Anspruchsumfang	233
§ 4a	Berechnung von Basiselterngeld und Elterngeld Plus	235
§ 4b	Partnerschaftsbonus	235
§ 4c	Alleiniger Bezug durch einen Elternteil	236
§ 4d	Weitere Berechtigte	236

Abschnitt 2 – Verfahren und Organisation	236
§ 5 Zusammentreffen von Ansprüchen	236
§ 6 Auszahlung	236
§ 7 Antragstellung	236
§ 8 Auskunftsspflicht, Nebenbestimmungen	237
§ 9 Einkommens- und Arbeitszeitnachweis, Auskunftsspflicht des Arbeitgebers	238
§ 10 Verhältnis zu anderen Sozialleistungen	238
§ 11 Unterhaltspflichten	239
§ 12 Zuständigkeit; Bewirtschaftung der Mittel	239
§ 13 Rechtsweg	239
§ 14 Bußgeldvorschriften	239
Abschnitt 3 – Elternzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	240
§ 15 Anspruch auf Elternzeit	240
§ 16 Inanspruchnahme der Elternzeit	242
§ 17 Urlaub	242
§ 18 Kündigungsschutz	243
§ 19 Kündigung zum Ende der Elternzeit	243
§ 20 Zur Berufsbildung Beschäftigte, in Heimarbeit Beschäftigte	243
§ 21 Befristete Arbeitsverträge	243
Abschnitt 4 – Statistik und Schlussvorschriften	244
§ 22 Bundesstatistik	244
§ 23 Auskunftsspflicht; Datenübermittlung an das Statistische Bundesamt	245
§ 24 Übermittlung von Tabellen mit statistischen Ergebnissen durch das Statistische Bundesamt	245
§ 24a Übermittlung von Einzelangaben durch das Statistische Bundesamt	245
§ 24b Elektronische Unterstützung bei der Antragstellung	246
§ 25 Automatisierter Datenabruf bei den Standesämtern	246
§ 26 Anwendung der Bücher des Sozialgesetzbuches	246
§ 27 Sonderregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie	246
§ 28 Übergangsvorschrift	247

Bundesurlaubsgesetz – BUrlG

§ 1 Urlaubsanspruch	254
§ 2 Geltungsbereich	254
§ 3 Dauer des Urlaubs	254
§ 4 Wartezeit	254
§ 5 Teilurlaub	254
§ 6 Ausschluß von Doppelansprüchen	254
§ 7 Zeitpunkt, Übertragbarkeit und Abgeltung des Urlaubs	254
§ 8 Erwerbstätigkeit während des Urlaubs	255
§ 9 Erkrankung während des Urlaubs	255
§ 10 Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation	255
§ 11 Urlaubsentgelt	255
§ 12 Urlaub im Bereich der Heimarbeit	255
§ 13 Unabdingbarkeit	256
§ 14 Berlin-Klausel	256
§ 15 Änderung und Aufhebung von Gesetzen	257
§ 15a Übergangsvorschrift	257
§ 16 Inkrafttreten	257

Entgeltfortzahlungsgesetz – EntgFG

§ 1 Anwendungsbereich	260
§ 2 Entgeltzahlung an Feiertagen	260
§ 3 Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	260

Inhalt

§ 3a	Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Spende von Organen, Geweben oder Blut zur Separation von Blutstammzellen oder anderen Blutbestandteilen.....	260
§ 4	Höhe des fortzuzahlenden Arbeitsentgelts	261
§ 4a	Kürzung von Sondervergütungen	261
§ 5	Anzeige- und Nachweispflichten	262
§ 6	Forderungsübergang bei Dritthaftung	262
§ 7	Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers	263
§ 8	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	263
§ 9	Maßnahmen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation.....	263
§ 10	Wirtschaftliche Sicherung für den Krankheitsfall im Bereich der Heimarbeit.....	263
§ 11	Feiertagsbezahlung der in Heimarbeit Beschäftigten	264
§ 12	Unabdingbarkeit.....	265
§ 13	Übergangsvorschrift.....	265

Familienpflegezeitgesetz – FPFZG

§ 1	Ziel des Gesetzes	268
§ 2	Familienpflegezeit.....	268
§ 2a	Inanspruchnahme der Familienpflegezeit.....	268
§ 2b	Erneute Familienpflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	269
§ 3	Förderung der pflegebedingten Freistellung von der Arbeitsleistung	270
§ 4	Mitwirkungspflicht des Arbeitgebers	270
§ 5	Ende der Förderfähigkeit.....	271
§ 6	Rückzahlung des Darlehens.....	271
§ 7	Härtefallregelung.....	271
§ 8	Antrag auf Förderung.....	272
§ 9	Darlehensbescheid und Zahlweise.....	272
§ 10	Antrag und Nachweis in weiteren Fällen	273
§ 11	Allgemeine Verwaltungsvorschriften	273
§ 12	Bußgeldvorschriften.....	273
§ 13	Aufbringung der Mittel.....	274
§ 14	Beirat.....	274
§ 15	Übergangsvorschrift.....	274
§ 16	(aufgehoben)	274

Gefahrstoffverordnung (Auszug) – GefStoffV

Abschnitt 1 – Zielsetzung, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	276	
§ 1	Zielsetzung und Anwendungsbereich.....	276
§ 2	Begriffsbestimmungen	276
Abschnitt 2 – Gefahrstoffinformation	280	
§ 3	Gefahrenklassen	280
§ 4	Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung.....	281
§ 5	Sicherheitsdatenblatt und sonstige Informationspflichten.....	282
§ 5a	Besondere Mitwirkungs- und Informationspflichten für Veranlasser von Tätigkeiten an baulichen oder technischen Anlagen	282
Abschnitt 3 – Gefährdungsbeurteilung und Grundpflichten	282	
§ 6	Informationsermittlung und Gefährdungsbeurteilung.....	282
§ 7	Grundpflichten.....	286
Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen	288	
§ 8	Allgemeine Schutzmaßnahmen	288
§ 9	Zusätzliche Schutzmaßnahmen.....	289
§ 10	Besondere Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, keimzellmutagenen oder reproduktionstoxischen Gefahrstoffen der Kategorie 1A oder 1B	290

§ 10a	Besondere Aufzeichnungs-, Mitteilungs- und Unterrichtungspflichten bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, keimzellmutagenen oder reproduktionstoxischen Gefahrstoffen der Kategorie 1A oder 1B	292
§ 11	Verwendungs- und Tätigkeitsbeschränkungen für Asbest.....	293
§ 11a	Anforderungen an Tätigkeiten mit Asbest.....	294
§ 12	Besondere Schutzmaßnahmen gegen physikalisch-chemische Einwirkungen, insbesondere gegen Brand- und Explosionsgefährdungen	295
§ 13	Betriebsstörungen, Unfälle und Notfälle	296
§ 14	Unterrichtung und Unterweisung der Beschäftigten	297
§ 15	Zusammenarbeit verschiedener Firmen	298
Abschnitt 4a – Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten einschließlich der Begasung sowie an Begasungen mit Pflanzenschutzmitteln		298
§ 15a	Verwendungsbeschränkungen.....	298
§ 15b	Allgemeine Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten	299
§ 15c	Besondere Anforderungen an die Verwendung bestimmter Biozid-Produkte	299
§ 15d	Besondere Anforderungen bei Begasungen	300
§ 15e	Ergänzende Dokumentationspflichten	301
§ 15f	Anforderungen an den Umgang mit Transporteinheiten.....	301
§ 15g	Besondere Anforderungen an Begasungen auf Schiffen.....	302
§ 15h	Ausnahmen von Abschnitt 4a	302
Abschnitt 5 – Verbote und Beschränkungen		303
§ 16	Herstellungs- und Verwendungs- beschränkungen	303
§ 17	Nationale Ausnahmen von Beschränkungsregelungen nach der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006	303
Abschnitt 6 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Gefahrstoffe		303
§ 18	Unterrichtung der Behörde.....	303
§ 19	Behördliche Ausnahmen, Anordnungen und Befugnisse.....	304
§ 19a	Anerkennung ausländischer Qualifikationen	305
§ 20	Ausschuss für Gefahrstoffe.....	305
Abschnitt 7 – Ordnungswidrigkeiten, Straftaten und Übergangsvorschriften		307
§ 21	Chemikaliengesetz – Anzeigen	307
§ 22	Chemikaliengesetz – Tätigkeiten.....	307
§ 23	(weggefallen)	309
§ 24	Chemikaliengesetz – Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen.....	309
§ 25	Übergangsvorschrift.....	309

Geschäftsgeheimnischutzgesetz – GeschGehG

Abschnitt 1 – Allgemeines		312
§ 1	Anwendungsbereich	312
§ 2	Begriffsbestimmungen	312
§ 3	Erlaubte Handlungen	312
§ 4	Handlungsverbote.....	313
§ 5	Ausnahmen	313
Abschnitt 2 – Ansprüche bei Rechtsverletzungen		313
§ 6	Beseitigung und Unterlassung	313
§ 7	Vernichtung; Herausgabe; Rückruf; Entfernung und Rücknahme vom Markt	314
§ 8	Auskunft über rechtsverletzende Produkte; Schadensersatz bei Verletzung der Auskunftspflicht	314
§ 9	Anspruchsausschluss bei Unverhältnismäßigkeit	314
§ 10	Haftung des Rechtsverletzers	314
§ 11	Abfindung in Geld.....	315
§ 12	Haftung des Inhabers eines Unternehmens	315
§ 13	Herausgabeanspruch nach Eintritt der Verjährung.....	315
§ 14	Missbrauchsverbot	315

Inhalt

Abschnitt 3 – Verfahren in Geschäftsgeheimnisstreitsachen	315
§ 15 Sachliche und örtliche Zuständigkeit; Verordnungsermächtigung.....	315
§ 16 Geheimhaltung.....	316
§ 17 Ordnungsmittel.....	316
§ 18 Geheimhaltung nach Abschluss des Verfahrens.....	316
§ 19 Weitere gerichtliche Beschränkungen.....	316
§ 20 Verfahren bei Maßnahmen nach den §§ 16 bis 19.....	317
§ 21 Bekanntmachung des Urteils.....	317
§ 22 Streitwertbegünstigung.....	318
Abschnitt 4 – Strafvorschriften	318
§ 23 Verletzung von Geschäftsgeheimnissen	318

Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften	322
§ 1 Zielsetzung und persönlicher Anwendungsbereich	322
§ 2 Sachlicher Anwendungsbereich	322
§ 3 Begriffsbestimmungen	324
§ 4 Verhältnis zu sonstigen Bestimmungen	325
§ 5 Vorrang von Sicherheitsinteressen sowie Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten	326
§ 6 Verhältnis zu sonstigen Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten	327
Abschnitt 2 – Meldungen	328
Unterabschnitt 1 – Grundsätze	328
§ 7 Wahlrecht zwischen interner und externer Meldung	328
§ 8 Vertraulichkeitsgebot	328
§ 9 Ausnahmen vom Vertraulichkeitsgebot.....	329
§ 10 Verarbeitung personenbezogener Daten	330
§ 11 Dokumentation der Meldungen	330
Unterabschnitt 2 – Interne Meldungen	331
§ 12 Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen	331
§ 13 Aufgaben der internen Meldestellen	331
§ 14 Organisationsformen interner Meldestellen	332
§ 15 Unabhängige Tätigkeit; notwendige Fachkunde.....	332
§ 16 Meldekanäle für interne Meldestellen	332
§ 17 Verfahren bei internen Meldungen.....	333
§ 18 Folgemaßnahmen der internen Meldestelle.....	333
Unterabschnitt 3 – Externe Meldestellen.....	333
§ 19 Errichtung und Zuständigkeit einer externen Meldestelle des Bundes	333
§ 20 Errichtung und Zuständigkeit externer Meldestellen der Länder	334
§ 21 Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht als externe Meldestelle	334
§ 22 Bundeskartellamt als externe Meldestelle	334
§ 23 Weitere externe Meldestellen	334
§ 24 Aufgaben der externen Meldestellen	334
§ 25 Unabhängige Tätigkeit; Schulung	335
§ 26 Berichtspflichten der externen Meldestellen	335
Unterabschnitt 4 – Externe Meldungen.....	335
§ 27 Meldekanäle für externe Meldestellen.....	335
§ 28 Verfahren bei externen Meldungen	336
§ 29 Folgemaßnahmen der externen Meldestellen.....	336
§ 30 Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Stellen.....	337
§ 31 Abschluss des Verfahrens	337
Abschnitt 3 – Offenlegung.....	338
§ 32 Offenlegen von Informationen	338

Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen	338
§ 33 Voraussetzungen für den Schutz Hinweisgebender Personen	338
§ 34 Weitere geschützte Personen	338
§ 35 Ausschluss der Verantwortlichkeit.....	339
§ 36 Verbot von Repressalien; Beweislastumkehr.....	339
§ 37 Schadensersatz nach Repressalien	339
§ 38 Schadensersatz nach einer Falschmeldung	339
§ 39 Verbot abweichender Vereinbarungen	340
Abschnitt 5 – Sanktionen	340
§ 40 Bußgeldvorschriften	340
Abschnitt 6 – Schlussvorschriften	340
§ 41 Verordnungsermächtigung.....	340
§ 42 Übergangsregelung.....	340

Kinderarbeitsschutzverordnung – KindArbSchV

§ 1 Beschäftigungsverbot	342
§ 2 Zulässige Beschäftigungen	342
§ 3 Behördliche Befugnisse.....	342
§ 4 Inkrafttreten	342

Kündigungsschutzgesetz – KSchG

Erster Abschnitt – Allgemeiner Kündigungsschutz.....	344
§ 1 Sozial ungerechtfertigte Kündigungen	345
§ 1a Abfindungsanspruch bei betriebsbedingter Kündigung.....	345
§ 2 Änderungskündigung.....	345
§ 3 Kündigungseinspruch	345
§ 4 Anrufung des Arbeitsgerichts	345
§ 5 Zulassung verspäteter Klagen	346
§ 6 Verlängerte Anrufungsfrist	346
§ 7 Wirksamwerden der Kündigung.....	346
§ 8 Wiederherstellung der früheren Arbeitsbedingungen	346
§ 9 Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Urteil des Gerichts, Abfindung des Arbeitnehmers	346
§ 10 Höhe der Abfindung	347
§ 11 Anrechnung auf entgangenen Zwischenverdienst	347
§ 12 Neues Arbeitsverhältnis des Arbeitnehmers, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	347
§ 13 Außerordentliche, sittenwidrige und sonstige Kündigungen	347
§ 14 Angestellte in leitender Stellung.....	348
Zweiter Abschnitt – Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung und Personalvertretung	348
§ 15 Unzulässigkeit der Kündigung.....	348
§ 16 Neues Arbeitsverhältnis, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses.....	349
Dritter Abschnitt – Anzeigepflichtige Entlassungen.....	350
§ 17 Anzeigepflicht	350
§ 18 Entlassungssperre	351
§ 19 Zulässigkeit von Kurzarbeit	351
§ 20 Entscheidungen der Agentur für Arbeit	351
§ 21 Entscheidungen der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit.....	352
§ 22 Ausnahmebetriebe.....	352
Vierter Abschnitt – Schlußbestimmungen.....	352
§ 23 Geltungsbereich	352
§ 24 Anwendung des Gesetzes auf Betriebe der Schifffahrt und des Luftverkehrs	352
§ 25 Kündigung in Arbeitskämpfen.....	353

Inhalt

§ 25a	Berlin-Klausel	353
§ 26	Inkrafttreten	353

Mindestlohngesetz – MiLoG

Abschnitt 1 – Festsetzung des allgemeinen Mindestlohns	356	
Unterabschnitt 1 – Inhalt des Mindestlohns	356	
§ 1	Mindestlohn	356
§ 2	Fälligkeit des Mindestlohns	356
§ 3	Unabdingbarkeit des Mindestlohns	356
Unterabschnitt 2 – Mindestlohnkommission	356	
§ 4	Aufgabe und Zusammensetzung	356
§ 5	Stimmberechtigte Mitglieder	357
§ 6	Vorsitz	357
§ 7	Beratende Mitglieder	357
§ 8	Rechtsstellung der Mitglieder	357
§ 9	Beschluss der Mindestlohnkommission	358
§ 10	Verfahren der Mindestlohnkommission	358
§ 11	Rechtsverordnung	359
§ 12	Geschäfts- und Informationsstelle für den Mindestlohn; Kostenträgerschaft	359
Abschnitt 2 – Zivilrechtliche Durchsetzung	359	
§ 13	Haftung des Auftraggebers	359
Abschnitt 3 – Kontrolle und Durchsetzung durch staatliche Behörden	359	
§ 14	Zuständigkeit	359
§ 15	Befugnisse der Behörden der Zollverwaltung und anderer Behörden; Mitwirkungspflichten des Arbeitgebers	359
§ 16	Meldepflicht	359
§ 17	Erstellen und Bereithalten von Dokumenten	361
§ 18	Zusammenarbeit der in- und ausländischen Behörden	363
§ 19	Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge	364
§ 20	Pflichten des Arbeitgebers zur Zahlung des Mindestlohns	364
§ 21	Bußgeldvorschriften	364
Abschnitt 4 – Schlussvorschriften	365	
§ 22	Persönlicher Anwendungsbereich	365
§ 23	Evaluation	366
§ 24	Übergangsregelung	366

Nachweisgesetz – NachwG

§ 1	Anwendungsbereich	368
§ 2	Nachweispflicht	368
§ 3	Änderung der Angaben	370
§ 4	Bußgeldvorschriften	371
§ 5	Übergangsvorschrift	371
§ 6	Unabdingbarkeit	371

Pflegezeitgesetz – PflegeZG

§ 1	Ziel des Gesetzes	374
§ 2	Kurzzeitige Arbeitsverhinderung	374
§ 3	Pflegezeit und sonstige Freistellungen	374
§ 4	Dauer der Inanspruchnahme	375
§ 4a	Erneute Pflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie	376

§ 5	Kündigungsschutz.....	376
§ 6	Befristete Verträge.....	376
§ 7	Begriffsbestimmungen.....	377
§ 8	Unabdingbarkeit.....	377
§ 9	(aufgehoben).....	377

Siebttes Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung (Auszug) – SGB VII

Erstes Kapitel – Aufgaben, versicherter Personenkreis, Versicherungsfall.....		380
Erster Abschnitt – Aufgaben der Unfallversicherung.....		380
§ 1	Prävention, Rehabilitation, Entschädigung.....	380
Zweiter Abschnitt – Versicherter Personenkreis.....		380
§ 2	Versicherung kraft Gesetzes.....	380
§ 3	Versicherung kraft Satzung.....	383
§ 4	Versicherungsfreiheit.....	384
§ 6	Freiwillige Versicherung.....	385
Dritter Abschnitt – Versicherungsfall.....		385
§ 7	Begriff.....	385
§ 8	Arbeitsunfall.....	385
§ 9	Berufskrankheit.....	386
§ 11	Mittelbare Folgen eines Versicherungsfalls.....	389
§ 12	Versicherungsfall einer Leibesfrucht.....	389
§ 12a	Gesundheitsschaden im Zusammenhang mit der Spende von Blut oder körpereigenen Organen, Organteilen oder Gewebe.....	389
§ 13	Sachschäden bei Hilfeleistungen.....	389
Zweites Kapitel – Prävention.....		390
§ 14	Grundsatz.....	390
§ 15	Unfallverhütungsvorschriften.....	390
§ 16	Geltung bei Zuständigkeit anderer Unfallversicherungsträger und für ausländische Unternehmen.....	392
§ 17	Überwachung und Beratung.....	392
§ 18	Aufsichtspersonen.....	392
§ 19	Befugnisse der Aufsichtspersonen.....	392
§ 20	Zusammenarbeit mit Dritten.....	393
§ 21	Verantwortung des Unternehmers, Mitwirkung der Versicherten.....	395
§ 22	Sicherheitsbeauftragte.....	395
§ 23	Aus- und Fortbildung.....	395
§ 24	Überbetrieblicher arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Dienst.....	396
Drittes Kapitel – Leistungen nach Eintritt eines Versicherungsfalls.....		396
Erster Abschnitt – Heilbehandlung, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen, Pflege, Geldleistungen.....		396
Erster Unterabschnitt – Anspruch und Leistungsarten.....		396
§ 26	Grundsatz.....	396
Zweiter Unterabschnitt – Heilbehandlung.....		397
§ 27	Umfang der Heilbehandlung, Anschluss an die Telematikinfrastruktur.....	397
§ 27a	Nutzung der Telematikinfrastruktur.....	398
§ 28	Ärztliche und zahnärztliche Behandlung.....	398
§ 29	Arznei- und Verbandmittel.....	398
§ 30	Heilmittel.....	398
§ 31	Hilfsmittel.....	398
§ 32	Häusliche Krankenpflege.....	399
§ 33	Behandlung in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen.....	399
§ 34	Durchführung der Heilbehandlung.....	399

Inhalt

Dritter Unterabschnitt – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	400
§ 35 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	400
Vierter Unterabschnitt – Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	401
§ 39 Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	401
§ 40 Kraftfahrzeughilfe	401
§ 41 Wohnungshilfe.....	401
§ 42 Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten	401
§ 43 Reisekosten.....	401
Fünfter Unterabschnitt – Leistungen bei Pflegebedürftigkeit.....	402
§ 44 Pflege.....	402
Sechster Unterabschnitt – Geldleistungen während der Heilbehandlung und der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	403
§ 45 Voraussetzungen für das Verletztengeld.....	403
§ 46 Beginn und Ende des Verletztengeldes.....	403
§ 47 Höhe des Verletztengeldes.....	404
§ 47a Beitragszahlung der Unfallversicherungsträger an berufsständische Versorgungseinrichtungen und private Krankenversicherungen	405
§ 48 Verletztengeld bei Wiedererkrankung	405
§ 49 Übergangsgeld	405
§ 50 Höhe und Berechnung des Übergangsgeldes.....	406
§ 52 Anrechnung von Einkommen auf Verletzten- und Übergangsgeld	406
Zweiter Abschnitt – Renten, Beihilfen, Abfindungen	406
Erster Unterabschnitt – Renten an Versicherte	406
§ 56 Voraussetzungen und Höhe des Rentenanspruchs	406
§ 57 Erhöhung der Rente bei Schwerverletzten.....	407
§ 58 Erhöhung der Rente bei Arbeitslosigkeit.....	407
§ 59 Höchstbetrag bei mehreren Renten	407
§ 60 Minderung bei Heimpflege	407
§ 62 Rente als vorläufige Entschädigung	407
Dritter Unterabschnitt – Beginn, Änderung und Ende von Renten.....	407
§ 72 Beginn von Renten.....	407
§ 73 Änderungen und Ende von Renten	408
§ 74 Ausnahmeregelungen für die Änderung von Renten	408
Vierter Unterabschnitt – Abfindung	408
§ 75 Abfindung mit einer Gesamtvergütung.....	408
§ 76 Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit unter 40 vom Hundert.....	409
§ 77 Wiederaufleben der abgefundenen Rente	409
§ 78 Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit ab 40 vom Hundert.....	409
§ 79 Umfang der Abfindung.....	409
§ 80 Abfindung bei Wiederheirat	409
Dritter Abschnitt – Jahresarbeitsverdienst.....	410
Erster Unterabschnitt – Allgemeines	410
§ 81 Jahresarbeitsverdienst als Berechnungsgrundlage	410
Zweiter Unterabschnitt – Erstmalige Festsetzung.....	410
§ 82 Regelberechnung.....	410
§ 83 Jahresarbeitsverdienst kraft Satzung.....	411
§ 84 Jahresarbeitsverdienst bei Berufskrankheiten	411
§ 85 Mindest- und Höchstjahresarbeitsverdienst	411
§ 87 Jahresarbeitsverdienst nach billigem Ermessen	412
§ 88 Erhöhung des Jahresarbeitsverdienstes für Hinterbliebene.....	412
§ 89 Berücksichtigung von Anpassungen.....	412

Dritter Unterabschnitt – Neufestsetzung	412
§ 90 Neufestsetzung nach Altersstufen.....	412
§ 91 Neufestsetzung nach Schul- oder Berufsausbildung	412
Vierter Abschnitt – Mehrleistungen	413
§ 94 Mehrleistungen	413
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften für Leistungen.....	413
§ 95 Anpassung von Geldleistungen.....	413
§ 96 Fälligkeit, Auszahlung und Berechnungsgrundsätze.....	414
§ 97 Leistungen ins Ausland.....	415
§ 98 Anrechnung anderer Leistungen.....	415
§ 101 Ausschluß oder Minderung von Leistungen	415
§ 102 Schriftform.....	416
§ 103 Zwischennachricht, Unfalluntersuchung.....	416
Viertes Kapitel – Haftung von Unternehmern, Unternehmensangehörigen und anderen Personen	416
Erster Abschnitt – Beschränkung der Haftung gegenüber Versicherten, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen	416
§ 104 Beschränkung der Haftung der Unternehmer.....	416
§ 105 Beschränkung der Haftung anderer im Betrieb tätiger Personen	416
§ 106 Beschränkung der Haftung anderer Personen	417
§ 108 Bindung der Gerichte.....	417
§ 109 Feststellungsberechtigung von in der Haftung beschränkten Personen	417
Zweiter Abschnitt – Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern.....	417
§ 110 Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern	417
§ 111 Haftung des Unternehmens	418
§ 112 Bindung der Gerichte.....	418
§ 113 Verjährung	418
Fünftes Kapitel – Organisation	418
Erster Abschnitt – Unfallversicherungsträger	418
§ 114 Unfallversicherungsträger	418
Vierter Unterabschnitt – Gemeinsame Vorschriften über die Zuständigkeit	419
§ 130 Örtliche Zuständigkeit.....	419
§ 131 Zuständigkeit für Hilfs- und Nebenunternehmen	419
§ 132 Zuständigkeit für Unfallversicherungsträger.....	420
§ 133 Zuständigkeit für Versicherte	420
§ 134 Zuständigkeit bei Berufskrankheiten	420
§ 135 Versicherung nach mehreren Vorschriften.....	420
§ 136 Bescheid über die Zuständigkeit, Begriff des Unternehmers	421
§ 137 Wirkung von Zuständigkeitsänderungen.....	422
§ 138 Unterrichtung der Versicherten	422
§ 139 Vorläufige Zuständigkeit.....	423
§ 139a Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland	423
Dritter Abschnitt – Weitere Versicherungseinrichtungen.....	423
§ 140 Haftpflicht- und Auslandsversicherung	423
§ 141 Träger der Versicherungseinrichtungen, Aufsicht.....	424
Sechstes Kapitel – Aufbringung der Mittel.....	424
Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften	424
Erster Unterabschnitt – Beitragspflicht	424
§ 150 Beitragspflichtige	424
§ 151 Beitragserhebung bei überbetrieblichen arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Diensten	425

Inhalt

Zweiter Abschnitt – Beziehungen der Unfallversicherungsträger zu Dritten	425
§ 191 Unterstützungspflicht der Unternehmer	425
§ 192 Mitteilungs- und Auskunftspflichten von Unternehmern und Bauherren	425
§ 193 Pflicht zur Anzeige eines Versicherungsfalls durch die Unternehmer	426
§ 195 Unterstützungs- und Mitteilungspflichten von Kammern und der für die Erteilung einer Gewerbe- oder Bauerlaubnis zuständigen Behörden.....	427
Achtes Kapitel – Datenschutz	427
Erster Abschnitt – Grundsätze	427
§ 199 Verarbeitung von Daten durch die Unfallversicherungsträger	427
§ 200 Einschränkung der Übermittlungsbefugnis	428
Zweiter Abschnitt – Datenverarbeitung durch Ärzte.....	428
§ 201 Erhebung, Speicherung und Übermittlung von Daten durch Ärzte und Psychotherapeuten.....	428
§ 202 Anzeigepflicht von Ärzten bei Berufskrankheiten	428
§ 203 Auskunftspflicht von Ärzten.....	428
Vierter Abschnitt – Sonstige Vorschriften.....	429
§ 206 Verarbeitung von Daten für die Forschung zur Bekämpfung von Berufskrankheiten	429
§ 207 Verarbeitung von Daten zur Verhütung von Versicherungsfällen und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren	429
Neuntes Kapitel – Bußgeldvorschriften	430
§ 209 Bußgeldvorschriften.....	430
§ 210 Zuständige Verwaltungsbehörde	431
§ 211 Zusammenarbeit bei der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	431
Zehntes Kapitel – Übergangsrecht	431
§ 219a Altersrückstellungen	431

Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Auszug) – SGB IX

Teil 1 – Regelungen für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen.....	434
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften	434
§ 2 Begriffsbestimmungen	434
Kapitel 10 – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	434
§ 49 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Verordnungsermächtigung	434
§ 50 Leistungen an Arbeitgeber	436
§ 51 Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation	437
§ 52 Rechtsstellung der Teilnehmenden	437
§ 53 Dauer von Leistungen.....	438
§ 54 Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit.....	438
§ 55 Unterstützte Beschäftigung.....	438
§ 56 Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen	439
§ 57 Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich.....	439
§ 58 Leistungen im Arbeitsbereich.....	440
§ 60 Andere Leistungsanbieter	441
§ 61 Budget für Arbeit	441
§ 61a Budget für Ausbildung	442
§ 62 Wahlrecht des Menschen mit Behinderungen.....	442
§ 63 Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen.....	443
Kapitel 11 – Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen	443
§ 64 Ergänzende Leistungen	443
§ 65 Leistungen zum Lebensunterhalt	444
§ 66 Höhe und Berechnung des Übergangsgelds.....	445

§ 67	Berechnung des Regelentgelts	446
§ 68	Berechnungsgrundlage in Sonderfällen	446
§ 69	Kontinuität der Bemessungsgrundlage	447
§ 70	Anpassung der Entgeltersatzleistungen	447
§ 71	Weiterzahlung der Leistungen	447
§ 72	Einkommensanrechnung	448
Teil 2 – Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen (Eingliederungshilferecht)		
		449
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften		449
§ 97	Fachkräfte	449
Kapitel 4 – Teilhabe am Arbeitsleben		449
§ 111	Leistungen zur Beschäftigung	449
Teil 3 – Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht)		
		450
Kapitel 1 – Geschützter Personenkreis		450
§ 151	Geltungsbereich	450
Kapitel 2 – Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber		450
§ 154	Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen	450
§ 155	Beschäftigung besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen	451
§ 156	Begriff des Arbeitsplatzes	451
§ 157	Berechnung der Mindestzahl von Arbeitsplätzen und der Pflichtarbeitsplatzzahl	452
§ 158	Anrechnung Beschäftigter auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen	452
§ 159	Mehrfachanrechnung	452
§ 160	Ausgleichsabgabe	453
§ 161	Ausgleichsfonds	454
§ 162	Verordnungsermächtigungen	455
Kapitel 3 – Sonstige Pflichten der Arbeitgeber; Rechte der schwerbehinderten Menschen		455
§ 163	Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern	455
§ 164	Pflichten des Arbeitgebers und Rechte schwerbehinderter Menschen	456
§ 165	Besondere Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber	457
§ 166	Inklusionsvereinbarung	458
§ 167	Prävention	458
Kapitel 4 – Kündigungsschutz		459
§ 168	Erfordernis der Zustimmung	459
§ 169	Kündigungsfrist	459
§ 170	Antragsverfahren	459
§ 171	Entscheidung des Integrationsamtes	459
§ 172	Einschränkungen der Ermessensentscheidung	459
§ 173	Ausnahmen	460
§ 174	Außerordentliche Kündigung	461
§ 175	Erweiterter Beendigungsschutz	461
Kapitel 5 – Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat, Schwerbehindertenvertretung, Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers		461
§ 176	Aufgaben des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrates	461
§ 178	Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung	461
§ 181	Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers	463
§ 182	Zusammenarbeit	463
Kapitel 6 – Durchführung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen		463
§ 185a	Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber	463
Kapitel 7 – Integrationsfachdienste		464
§ 192	Begriff und Personenkreis	464

Inhalt

§ 193	Aufgaben.....	464
Kapitel 8	– Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter und gleichgestellter behinderter Menschen	465
§ 199	Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen	465
§ 200	Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen.....	465
Kapitel 10	– Sonstige Vorschriften.....	466
§ 205	Vorrang der schwerbehinderten Menschen.....	466
§ 206	Arbeitsentgelt und Dienstbezüge.....	466
§ 207	Mehrarbeit.....	466
§ 208	Zusatzurlaub.....	466
§ 209	Nachteilsausgleich.....	466
§ 210	Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Heimarbeit.....	467
Kapitel 11	– Inklusionsbetriebe.....	467
§ 215	Begriff und Personenkreis.....	467
§ 216	Aufgaben.....	468
Kapitel 12	– Werkstätten für behinderte Menschen.....	468
§ 223	Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe.....	468
Kapitel 14	– Straf-, Bußgeld- und Schlussvorschriften	469
§ 237a	Strafvorschriften.....	469
§ 237b	Strafvorschriften.....	469
§ 238	Bußgeldvorschriften.....	469
§ 241	Übergangsregelung.....	470

Strafgesetzbuch (Auszug) – StGB

Besonderer Teil	472	
Siebenter Abschnitt – Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	472	
§ 131	Gewaltdarstellung.....	472
Zehnter Abschnitt – Falsche Verdächtigung	472	
§ 164	Falsche Verdächtigung	472
Dreizehnter Abschnitt – Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	472	
§ 174	Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen	472
§ 177	Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung.....	473
§ 180	Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger	474
§ 182	Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen.....	475
§ 184i	Sexuelle Belästigung.....	475
§ 184k	Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen	475
Vierzehnter Abschnitt – Beleidigung.....	476	
§ 185	Beleidigung.....	476
§ 186	Üble Nachrede.....	476
§ 187	Verleumdung	476
Fünftehnter Abschnitt – Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs	476	
§ 201	Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes.....	476
§ 201a	Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs und von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen.....	477
Siebzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit	478	
§ 223	Körperverletzung.....	478
§ 224	Gefährliche Körperverletzung	478
§ 225	Mißhandlung von Schutzbefohlenen	478

Achtzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die persönliche Freiheit.....	478
§ 238 Nachstellung.....	478
§ 240 Nötigung.....	479
§ 241 Bedrohung.....	480

Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften Teilzeit- und Befristungsgesetz	482
§ 1 Zielsetzung	482
§ 2 Begriff des teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers.....	482
§ 3 Begriff des befristet beschäftigten Arbeitnehmers.....	482
§ 4 Verbot der Diskriminierung.....	482
§ 5 Benachteiligungsverbot	483
Zweiter Abschnitt – Teilzeitarbeit.....	483
§ 6 Förderung von Teilzeitarbeit.....	483
§ 7 Ausschreibung; Erörterung; Information über freie Arbeitsplätze	483
§ 8 Zeitlich nicht begrenzte Verringerung der Arbeitszeit.....	483
§ 9 Verlängerung der Arbeitszeit	484
§ 9a Zeitlich begrenzte Verringerung der Arbeitszeit.....	484
§ 10 Aus- und Weiterbildung.....	485
§ 11 Kündigungsverbot.....	485
§ 12 Arbeit auf Abruf	486
§ 13 Arbeitsplatzteilung	486
Dritter Abschnitt – Befristete Arbeitsverträge	487
§ 14 Zulässigkeit der Befristung.....	487
§ 15 Ende des befristeten Arbeitsvertrages	488
§ 16 Folgen unwirksamer Befristung	488
§ 17 Anrufung des Arbeitsgerichts	488
§ 18 Information über unbefristete Arbeitsplätze	488
§ 19 Aus- und Weiterbildung.....	489
§ 20 Information der Arbeitnehmervertretung	489
§ 21 Auflösend bedingte Arbeitsverträge	489
Vierter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften.....	489
§ 22 Abweichende Vereinbarungen	489
§ 23 Besondere gesetzliche Regelungen.....	489

Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen – SonntVerkV

§ 1	492
§ 2 (aufgehoben)	492
§ 3	492

Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (Auszug) – ArbMedVV

§ 1 Ziel und Anwendungsbereich	494
§ 2 Begriffsbestimmungen	494
§ 3 Allgemeine Pflichten des Arbeitgebers.....	494
§ 4 Pflichtvorsorge.....	495
§ 5 Angebotsvorsorge	495
§ 5a Wunschvorsorge.....	495
§ 6 Pflichten des Arztes oder der Ärztin.....	496
§ 7 Anforderungen an den Arzt oder die Ärztin	496
§ 8 Maßnahmen nach der arbeitsmedizinischen Vorsorge	497
§ 9 Ausschuss für Arbeitsmedizin	497
§ 10 Ordnungswidrigkeiten und Straftaten	498

Bestelloptionen



Das Aushangpflichten-Paket für Baustellen

Sie haben Fragen zum Produkt oder benötigen Unterstützung bei der Bestellung? Unser Kundenservice ist für Sie da:

☎ 08233 / 381-123 (Mo - Do 7:30 - 17:00 Uhr, Fr 7:30 - 15:00 Uhr)

✉ service@forum-verlag.com

Oder bestellen Sie bequem über unseren Online-Shop:

[Jetzt bestellen](#)